

Bundeskanzler Helmut Kohl  
vor dem Deutschen Bundestag

# Oberstes Ziel unserer Sicherheitspolitik ist es, den Frieden in Freiheit zu bewahren

Bundeskanzler Helmut Kohl gab in der 10. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Mai 1987 zum Stand der Abrüstungsgespräche folgende Erklärung der Bundesregierung ab: Die Bundesregierung begrüßt die heutige Aussprache über den Stand der Genfer Abrüstungsgespräche. Sie gibt ihr die Gelegenheit, einen Zwischenbericht zu geben, nicht nur über die laufenden Verhandlungen der beiden Weltmächte, sondern auch über die intensiven Konsultationen zwischen den europäischen Partnern und den Mitgliedern der Nordatlantischen Allianz.

Lassen Sie mich einleitend noch einmal kurz die Ziele der Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zusammenfassen.

## HEUTE AKTUELL

### ● REGIERUNGS- ERKLÄRUNG

Bundeskanzler Helmut Kohl gab im Deutschen Bundestag eine Erklärung zum Stand der Abrüstungsgespräche. In der anschließenden Debatte ergriffen auch Alfred Dregger und Volker Rühle das Wort. Auszüge aus ihren Reden im Anschluß an die Erklärung des Bundeskanzlers. Seiten 2 bis 11

### ● WIRTSCHAFT

Das Wachstum geht weiter. Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht 1987. Seite 13

### ● CDU

Bericht vom Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein in Husum. Seite 15

### ● DOKUMENTATION

Ja zu Frieden und Freiheit. Unsere Haltung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle. Grüner Teil



## 1. Oberstes Ziel der Sicherheitspolitik der Bundesregierung ist und bleibt, den Frieden in Freiheit zu bewahren.

Die Sicherheitspolitik der Bundesregierung und ihrer Verbündeten ist deshalb darauf gerichtet, den Frieden zu festigen und jede Art von Krieg zu verhindern, sowohl den nuklearen wie den konventionellen. Ein Krieg mit modernen konventionellen Waffen würde unser Volk und die europäische Zivilisation genauso gefährden wie ein Nuklearkrieg. Militärische Konflikte zwischen Ost und West sind in den vergangenen 42 Jahren verhindert worden. Dies danken wir vor allem auch der Tatsache, daß wir als Deutsche und Europäer nicht allein stehen, sondern mit den freien Demokratien des Westens, insbesondere mit den Vereinigten Staaten von Amerika, verbunden sind.

Ich habe aus gutem Grund in meiner Regierungserklärung im März vor dem Hohen Haus diese Tatsache mit der Formulierung gewürdigt, daß die Zusammenarbeit, die Partnerschaft und das Bündnis mit den USA für unser Land von existentieller Bedeutung sind. Wir verdanken unseren Frieden und unsere Freiheit der Tatsache, daß dieses Verteidigungsbündnis eine erfolgreiche Politik betrieben hat und es wird sie auch in Zukunft betreiben.

Auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit wollen wir mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten umfassend zusammenarbeiten, insbesondere auch im Felde der Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Darin sehen wir den einzigen Weg, unsere Sicherheit stärker auf ein Miteinander als auf ein Gegeneinander zu gründen

Wir haben gerade in den zurückliegenden Monaten wichtige Fortschritte erzielt. Anlässlich der Sitzung der gemischten deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission ist vereinbart worden, die wirtschaftlichen Beziehungen weiter auszubauen und neue Wege zu beschreiten. Wir haben in den letzten Wochen drei Ressortabkommen unterzeichnet, die die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion in den Bereichen Agrarforschung, Gesundheit und Nuklearforschung weiter intensivieren werden. Damit kann das vereinbarte Rahmenabkommen über technologisch-wissenschaftliche Zusammenarbeit in Kraft treten. Wie Sie wissen, wurden weitere gegenseitige Vereinbarungen und Besuche verabredet.

Ich begrüße es heute auch ganz besonders, daß der bulgarische Staatspräsident Todor Schiwkoff meine Einladung angenommen hat und schon sehr bald — am 2. Juni — zu einem offiziellen Besuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen wird. Auch die Beziehungen zu den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten entwickeln sich konstruktiv und dynamisch. Wir befinden uns, wie jeder erkennen kann, auf einem guten Weg.

Dies alles muß sich aber auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit vollziehen. Was heißt das? Die Rückschau in die europäische und in die deutsche Geschichte und ein nüchterner Blick auf jene Weltgegenden, in denen heute Krieg geführt wird, zeigen: Nicht einmal zahlenmäßige Gleichheit möglicher Gegner reicht aus, Kriege zu verhindern, wenn nicht der politische Wille vorherrscht, Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln in jedem Falle auszuschließen.

Ziel der Strategie der abgestuften Antwort und der Abschreckung ist es, Krieg zu verhindern. Das ist möglich, wenn ein



Angreifer mit einer Antwort rechnen muß, die ihm das Risiko eines Waffen-gangs zur Verfolgung seiner politischen Ziele von vornherein als untragbar erscheinen läßt. Aus diesen Erwägungen heraus hat unser Bündnis seine bewährte Strategie der flexiblen Antwort entwickelt. Für diese Strategie gibt es in absehbarer Zeit keine Alternative. Für ihre Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit bedarf es weiterhin ausgewogener nuklearer und konventioneller Streitkräfte. Deshalb kann unser Bündnis auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten.

**Unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitspolitik der Bundesregierung bleibt ein nachdrückliches und konsequentes Eintreten für Abrüstung und Rüstungskontrolle. Es bleibt dabei: Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen.**

Es war die Allianz, die seit 1981 **einseitig 2 400 nukleare Sprengköpfe in Europa abgebaut hat**. Dem steht bisher kein vergleichbarer Schritt der Sowjetunion gegenüber. Wir erstreben Rüstungskontrollvereinbarungen, die erhöhte Sicherheit aller Beteiligten auf einem möglichst niedrigen, ausgewogenen Streitkräfteniveau gewährleisten. Dies setzt voraus, daß die berechtigten Sicherheitsinteressen aller, der großen wie der mittleren wie der kleineren Staaten, berücksichtigt werden. Grundlage unseres Bündnisses ist: Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen. Es darf auf gar keinen Fall eine Zone minderer Sicherheit geben.

Aus dieser Sicht handeln wir bei den Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wir respektieren die legitimen Sicherheitsinteressen unserer östlichen Gesprächspartner. Wir fordern selbstverständlich das gleiche für uns. Die Sowjetunion hat in den siebziger Jahren unter der Losung von Gleichheit und gleicher

Sicherheit ihre Sicherheitspolitik einseitig auf die Vereinigten Staaten ausgerichtet, gleichzeitig aber Westeuropa konventionell und mit neuen Mittelstreckenwaffen bedroht. Dies war eine verhängnisvolle Fehleinschätzung. Das sieht man heute auch in Moskau.

Jetzt ist neues Denken und tatsächlich neues Handeln erforderlich. Generalsekretär Gorbatschow hat am 17. Februar dieses Jahres festgestellt: Die Sowjetunion beansprucht nicht ein Gran mehr Sicherheit, als sie zum Beispiel die USA haben. Wir erwarten, daß dies auch gegenüber Westeuropa und gegenüber der Bundesrepublik Deutschland gilt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle betonen — ich wiederhole das, was ich im März gesagt habe —: Wir verfolgen die Diskussion und die politische Linie, die Generalsekretär Gorbatschow in seinem Land jetzt vorzeichnet und die auch Ankündigungen für die Außenpolitik der Sowjetunion enthält, mit Interesse und Sympathie, und wir hoffen, daß den Worten die notwendigen Taten folgen.

Wenn sein Kurs Chancen birgt zu mehr Sicherheit, zu mehr Zusammenarbeit und vor allem zu konkreten Ergebnissen bei Abrüstung und Rüstungskontrolle, werden wir sie aufgreifen.

Lassen Sie mich dazu an einen wichtigen und bewährten Grundsatz der Rüstungskontrollpolitik erinnern. Entscheidend für Abrüstung und Rüstungskontrolle sind nicht politische Willenserklärungen von heute, welchem Ziel und welchem Zweck Waffen dienen sollen. Entscheidend sind nicht Analysen, ob akute Kriegsgefahr besteht oder nicht. Dies alles kann sich sehr schnell ändern. Entscheidend für unsere Beurteilung sind vorhandene Waffensysteme und die daraus objektiv ableitbare Bedrohung.

Wir müssen deshalb feststellen, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten mili-



tärische Potentiale in Europa aufgebaut haben, die zahlenmäßig denen der USA und des Bündnisses weit überlegen sind und schlechthin nicht durch eigene Verteidigungserfordernisse gerechtfertigt werden können. Die Zahlen sprechen für sich.

Wenn wir die Realitäten so sehen, wie sie sind, so müssen wir die Gegebenheiten berücksichtigen:

■ Die geographischen und geostrategischen Vorteile sind eindeutig auf Seiten des Warschauer Pakts; dies zeigt ein Blick auf jede Landkarte.

■ Militärstrategie, Gliederung und Ausrüstung der Streitkräfte des Warschauer Pakts sind auf raumgreifende, offensive Operationen ausgelegt.

■ Die Militärdoktrin der Sowjetunion geht davon aus, daß eine militärische Auseinandersetzung nicht auf sowjetischem Boden, sondern auf dem Territorium des Gegners auszutragen wäre.

Aus all dem ergibt sich objektiv eine Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakts gegenüber Westeuropa, während unsere Streitkräfte nach Auftrag, Umfang und Struktur zu raumgreifenden, offensiven Operationen nicht geeignet sind.

Dieses Gesamtbild müssen wir bei Abrüstung und Rüstungskontrolle vor Augen haben, insbesondere auf dem so wichtigen Gebiet der nuklearen Mittelstreckenflugkörper.

Die Sicherheit aller Beteiligten darf durch Abrüstung nicht geringer sein als vorher. Gerade deshalb haben wir zusammen mit unseren Partnern in der WEU im November des vergangenen Jahres festgestellt — ich zitiere —:

*In der Perspektive von Fortschritten bei der nuklearen Abrüstung kommt der Herstellung konventioneller Stabilität eine noch größere Bedeutung und Dringlichkeit zu. Gleichzeitig wird die weltweite völlige*

*Beseitigung der chemischen Waffen noch dringender.*

Ich habe in meiner Regierungserklärung im März gesagt:

*Gemeinsam mit unseren westlichen Verbündeten wollen wir den Prozeß der Abrüstung und Rüstungskontrolle in allen Verhandlungsforen dynamisch fortsetzen.*

Wir wollen — ich will es deutlich unterstreichen — gleichgerichtete Anstrengungen und Fortschritte in allen Bereichen. Ein weltweites Abkommen über das Verbot chemischer Waffen ist nach übereinstimmender Einschätzung erreichbar. Wie notwendig es ist, zeigt der Einsatz chemischer Kampfmittel in Konflikten der Dritten Welt in jüngster Zeit.

Im konventionellen Bereich haben wir zusammen mit unseren französischen Freunden vor einem Jahr beim NATO-Rat in Halifax die Initiative zu Verhandlungen vom Atlantik bis zum Ural ergriffen, und wir setzen sie bei den Gesprächen in Wien mit Energie fort. **Daß der Prozeß der Rüstungskontrolle bald auch im konventionellen Bereich spürbare Erfolge zeitigen soll, liegt im allgemeinen und natürlich erst recht in unserem nationalen Interesse.**

## 2. Bisherige Rüstungskontrollpolitik der Bundesregierung

In der Geschichte der Rüstungskontrollverhandlungen ist noch nie an so vielen Plätzen und in so vielen Foren über so umfassende Abrüstungsvorschläge verhandelt worden wie heute, und — das will ich betonen — noch nie waren die Chancen der Einigung in wichtigen Kernbereichen so gut wie jetzt. Daß dies erreicht wurde, verdanken wir der konsequenten und kontinuierlichen Politik unseres Bündnisses, die wir, die Bundes-



regierung, maßgeblich miterarbeitet und mitgetragen haben.

Die sowjetische Bedrohung durch Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite hat unser Bündnis 1979 rüstungskontrollpolitisch mit dem Doppelbeschluß beantwortet. Gemäß seinem Verhandlungsteil haben die Vereinigten Staaten seit 1981 in Genf auf Grund abgestimmter Bündnispositionen verhandelt. Diese Positionen enthielten von Anfang an die Forderung nach vollständiger Beseitigung der beiderseitigen Bestände an Mittelstreckenflugkörpern größerer Reichweite — die Null-Lösung — und begleitende Beschränkungen für Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite.

Der Doppelbeschluß ist von der von meinem Vorgänger Helmut Schmidt geführten Bundesregierung entwickelt und von der jetzigen Bundesregierung durchgesetzt worden. Ich kann durchaus verstehen, wenn der Kollege Schmidt in diesen Tagen zu Recht darauf hinweist, daß er für diese Politik noch einmal eine nachträgliche Bestätigung und einen Triumph erlebt hat.

Es ist wichtig, das heute wieder zu erwähnen, weil wir ja im Jahre 1982/83 nach der Regierungsübernahme durch die jetzige Bundesregierung erlebt haben, daß damals innerhalb der Sozialdemokratie die Mär aufgekommen ist, aus ganz anderen Gründen sei Helmut Schmidt gescheitert. Seine eigene Partei, die SPD, hat ihn wegen dieser richtigen Entscheidung in der Rüstungskontrollpolitik gestürzt.

Wir haben damals erlebt, daß nach der Entscheidung über den NATO-Doppelbeschluß die Sowjetunion den Genfer Verhandlungstisch verlassen hat, aber nach zwei Jahren zurückkehrte. Die Gipfeltreffen von Genf und Reykjavik haben eine nachhaltige Wende zum Besseren im Verhältnis der Großmächte eingeleitet und rüstungskontrollpolitische Annähe-

## Zitat

„Aufrufe zum Boykott rühren an den Fundamenten der freiheitlichen Ordnung“. (Altbundespräsident Karl Carstens zu den Volkszählungsgegnern in einer Rede anlässlich der Verleihung des Hanns-Martin-Schleyer-Preises an ihn.)

rungen gebracht, die viele optimistische Erwartungen noch übertrafen. Der klare und der konsequente Kurs dieser Bundesregierung und ihrer Verbündeten wurde von Ihnen von Anfang an mit heftiger Propaganda und mit finstersten Voraussagen begleitet. Sie haben alles, was möglich war, irrational mobilisiert. Sie haben diese Politik mit Forderungen nach Bündnisbruch und mit antiamerikanischer Mobilisierung emotional angefeindet. Es wird an diesem Tag und angesichts der greifbaren Erfolge, die jetzt vor uns stehen, doch erlaubt sein zu sagen, in welchem Umfang Sie ein sicherheitspolitisches Risiko in diesen drei Jahren waren.

Wenn man für die Zeit nach der Stationierung eines Raketenzaun prophezeit hat, wenn man eine neue Eiszeit prophezeit hat, wenn man nach Reykjavik von einem schwarzen Tag, von einem Desaster gesprochen hat, hat man jede Kompetenz für das Mitsprechen in dieser Frage verloren.

Sie haben sich — das muß klar gesagt werden — in dieser Kernfrage der Rüstungskontrollverhandlungen aufschwerste geirrt, nämlich mit der völligen Fehleinschätzung der Interessen und der Fähigkeit zur Flexibilität der sowjetischen Führer. Wo ständen wir denn heute, wenn wir Ihren Ratschlägen gefolgt wären?

Einseitige Vorleistungen — dies ist eine Erfahrung in der Geschichte, die sich immer bestätigt hat — werden selbstver-



ständig immer ohne Gegenleistungen eingestrichen. **Beharrlichkeit, Offenheit und auch Konsequenz am Verhandlungstisch in der Vertretung eigener Interessen zahlen sich immer wieder aus.**

### 3. Zum Stand der Genfer INF-Verhandlungen

Der Gipfel von Reykjavik hat für die Genfer INF-Verhandlungen einen entscheidenden Durchbruch bewirkt. Beide Seiten haben sich grundsätzlich darauf verständigt, für Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite die Null-Lösung in Europa vorzusehen bei gleichzeitiger Verringerung dieser Systeme auf jeweils 100 Gefechtsköpfe, die im asiatischen Teil der Sowjetunion und in den USA zu stationieren sind.

**Wenn ein solches Abkommen zustande kommt — und ich habe die Hoffnung, daß wir allen Grund zum Optimismus haben —, ist das ein großartiges Ergebnis, das ich im Namen der Bundesregierung nur nachdrücklich begrüßen kann.**

Es ist nicht zuletzt auch das Verdienst unseres konsequenten Beitrags zu dieser Politik. Bedauerlicherweise hatte die Sowjetunion in Reykjavik ein INF-Abkommen noch mit anderen Genfer Verhandlungsmaterien verknüpft. Dies war in der Tat ein Rückschritt. Ende Februar dieses Jahres hat Generalsekretär Gorbatschow dieses selbstgeschaffene Hindernis vom Verhandlungstisch genommen. Anfang März haben die USA ihren im Bündnis abgestimmten Vertragsentwurf in Genf eingeführt, der die Annäherung von Reykjavik widerspiegelt. Kurz darauf folgte der Entwurf einer mit den Stationierungsländern in allen Einzelheiten besprochenen Überprüfungsregelung.

Während des Moskau-Besuchs des amerikanischen Außenministers Shultz Mitte

April hat die sowjetische Führung die Reykjavik-Formel erneut bestätigt, und letzte Woche hat sie einen eigenen Vertragsentwurf in Genf eingeführt. Dieser geht jedoch, wie Sie wissen, auf Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite nicht ein.

Lassen Sie mich an dieser Stelle deutlich sagen: Mögen Vertragsentwürfe noch so viele vorher erzielte Einigungen widerspiegeln, sie sind stets und ständig Ausgangspunkt für Verhandlungen und nicht ihr Ergebnis.

Mit Sicherheit enthalten sie den harten Kern eigener Verhandlungspositionen, mit Sicherheit aber auch immer Verhandlungsmasse, um zu einem Abschluß kommen zu können.

Wie schwer die Unterscheidung ist, wie sehr Personen und Parteien, die nicht am Verhandlungstisch sitzen, Gefahr laufen, sich zu irren und sich zu verschätzen, habe ich ja gerade angedeutet. Diese Gefahren — ich will das offen aussprechen — werden noch durch Versuche gesteigert, eigene Vorschläge propagandistisch zu begleiten, um den Verhandlungspartner über die jeweilige Öffentlichkeit und öffentliche Meinung unter Druck zu setzen.

Für alle wohlmeinenden und am Erfolg interessierten Beobachter, aber selbstverständlich vor allem auch für eine verantwortliche Regierung gilt: **Wir dürfen weder den eigenen Verbündeten in den Rücken fallen, indem die eigene Verhandlungsposition zerredet wird, noch dürfen wir Chancen für weitere Fortschritte, die in den Vertragsentwürfen angelegt sind, verschütten, noch dürfen wir voreilige Hypothesen über einen Verhandlungsverlauf aufstellen, die Einigungen am Ende erschweren.**

Die Bundesregierung handelt genau nach diesen Grundsätzen. Zusammen mit unseren Freunden und Verbündeten und



auf Grund einer sehr detaillierten Unter-  
richtung durch beide Parteien sind wir  
dabei, sehr intensiv die Vorschläge zu  
prüfen und zu bewerten. Wir sind der  
festen Überzeugung, daß die noch offe-  
nen Fragen in angemessener Frist gelöst  
werden können. Angemessene Frist heißt  
für mich, daß wir jetzt nicht in irgendei-  
ner Hektik entscheiden, aber die Dinge  
auch nicht vertagen, sondern in einer sehr  
nahen Zukunft zu einer Entscheidung  
kommen mit der Zielsetzung, daß in die-  
sem Jahr nach Möglichkeit das Treffen  
Reagan-Gorbatschow stattfinden und ein  
Vertrag unterschrieben werden kann.

Wir wissen, daß ein solches Vertragswerk  
nach den amerikanischen parlamentari-  
schen Gebräuchen wenigstens ein Jahr  
zur Ratifikation braucht. Unser Ziel muß  
sein, mit dazu beizutragen, daß während  
der jetzigen Administration und in der  
Amtszeit des jetzigen Parlaments in den  
USA eine Verabschiedung möglich ist  
und die dann geplanten Abläufe in Gang  
kommen können.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die  
noch offenen Fragen jetzt, in der eben  
genannten Frist, gelöst werden können.  
Der Abschluß eines INF-Abkommens  
mit der Beseitigung von Mittelstrecken-  
flugkörpern größerer Reichweite aus  
Europa ist nach meiner Einschätzung in  
dem eben genannten Zeitraum möglich.

**Wir unterstützen deshalb mit allen unseren  
Verbündeten die Haltung der Vereinigten  
Staaten von Amerika, eine globale Null-  
Lösung für Mittelstreckenflugkörper grö-  
ßerer Reichweite anzustreben. Die globale  
Null-Lösung würde eine ganze Waffenka-  
tegorie beseitigen.**

Lassen Sie mich zu der noch offenen  
Verifikationsfrage auf einen wichtigen  
Zusammenhang hinweisen, den niemand  
bestreitet. Eine Null-Lösung, die nur für  
Europa und nicht weltweit gelten soll,  
erschwert die Überprüfung, Produktio-

nen könnten weiterlaufen; solche  
Systeme können ziemlich rasch von  
einem Landesteil in einen anderen, auch  
in den europäischen Teil, transportiert  
werden, und die Testgelände würden  
nicht geschlossen.

Im Fall der Sowjetunion, das wissen Sie,  
liegen sowohl die Produktionsstätten wie  
die Testgelände im europäischen Landes-  
teil. Das zeigt die ganz besondere Bedeu-  
tung dieses Problems.

Was die Mittelstreckenwaffen kürzerer  
Reichweite angeht, so habe ich in meiner  
Regierungserklärung im März vor dem  
Hohen Hause hier festgestellt:

*„Als Sorge bleibt die drückende sowjetische  
Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaf-  
fen kürzerer Reichweite. Die Bundesregie-  
rung erwartet deshalb, daß sich die beiden  
Weltmächte konkret und verbindlich ver-  
pflichten, sofortige Folgeverhandlungen  
über die Mittelstreckensysteme kürzerer  
Reichweite aufzunehmen. Ziel dieser Ver-  
handlungen muß es sein, alle diese  
Systeme auf ein niedriges Niveau mit glei-  
chen Obergrenzen zu reduzieren.“*

Lassen Sie mich betonen: Unsere Sorge  
bezieht sich auf die sowjetische Überle-  
genheit im militärischen Kräfteverhältnis.

Die USA haben in ihrem am 2. März vor-  
gelegten Entwurf eines Abkommens über  
Mittelstreckenflugkörper größerer Reich-  
weite wie schon 1981/82 als Bündnisposi-  
tion das Konzept gleicher Obergrenzen  
im Reichweitenband 500 bis 1 000 Kilo-  
meter eingebracht. Die westlichen  
Besorgnisse über die sowjetische Überle-  
genheit im Bereich der Mittelstreckenra-  
keten kürzerer Reichweite und das westli-  
che Beharren auf begleitender Beschrän-  
kung auch für diese Waffensysteme  
haben Moskau zu einer Antwort bewo-  
gen.

Generalsekretär Gorbatschow hat in sei-  
ner Prager Rede am 13. April dieses Jah-



res vorgeschlagen, die Erörterung der Frage über eine Verringerung und anschließende Beseitigung der auf dem europäischen Kontinent aufgestellten Raketen mit einer Reichweite von 500 bis 1 000 Kilometer zu beginnen, ohne hiermit den Verlauf und den Ausgang der Beratungen zu dem Problem der Mittelstreckenraketen größerer Reichweite zu verknüpfen. In seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister hat Generalsekretär Gorbatschow wenige Tage später für das Reichweitenband von 500 bis 1 000 Kilometer eine globale Obergrenze von Null als möglich und erreichbar bezeichnet.

Nach Unterrichtung über die Ergebnisse der Moskauer-Reise von Außenminister Shultz hat die Bundesregierung unverzüglich mit einer eigenen eingehenden Prüfung der sowjetischen Vorschläge begonnen. Am 27. April hat unter meiner Leitung eine Ministerrunde eine erste Bilanz gezogen. Dabei wurde entgegen dem Rat mancher voreiligen Beobachter natürlich keine endgültige Wertung abgegeben.

Wie richtig diese Linie war, zeigte sich unmittelbar darauf in Genf. Am 27. April führte der sowjetische Delegationsleiter bei Vorlage seines Vertragsentwurfs mündlich aus, über Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite könne entweder im Rahmen eines INF-Abkommens oder auch gesondert verhandelt und beschlossen werden. Dazu schlug er im Reichweitenband von 500 bis 1 000 Kilometer eine auf Europa beschränkte Null-Lösung vor, während er global das Konzept gleicher Obergrenzen vertrat. Er forderte ferner die Einbeziehung der Sprengköpfe auf den Mittelstreckenraketen der Bundeswehr vom Typ Pershing Ia, die, wie Sie wissen, im strikten amerikanischen Gewahrsam stehen.

Die amerikanische Delegation in Genf hat diese mündlichen Darlegungen mit

Entschiedenheit zurückgewiesen. Diese Ablehnung wird ausweislich des Beschlusses unseres Bündnisses und insbesondere auch der jüngsten Tagung der Außen- und Verteidigungsminister der Westeuropäischen Union voll und ganz von allen unterstützt. Es ist offenkundig, daß sich zwischen den sowjetischen Erklärungen von Moskau und Genf und den Erläuterungen, die die Bundesregierung und übrigens viele andere gestern in Bonn erhalten konnten, deutliche Unterschiede auftun. Das zeigt doch, wie berechtigt unsere Erwartung ist, daß die Sowjetunion ihre Position auch zu diesem Bereich schriftlich einbringt.

Der Genfer Vorschlag überschreitet den Verhandlungsrahmen; denn es geht bei diesem INF-Abkommen ausschließlich um amerikanische und sowjetische Träger- und Abschußvorrichtungen, nicht um Systeme Dritter. Es geht hier um eine ganz prinzipielle Haltung des Westens zu Drittstaatensystemen.

#### 4. Grundlagen und Perspektiven

Die Bundesregierung und ihre Verbündeten werden alle Aspekte der Genfer INF-Verhandlungen und insonderheit der mit einer Null-Lösung in einem Teilbereich der Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite verbundenen Fragen sorgfältig prüfen.

**Es geht um zu ernste Fragen, als daß wir einfach Propaganda oder unziemlicher Hektik das Feld überlassen.**

Ich habe betont, mit welcher Behutsamkeit und mit welcher Verantwortung wir den vorgelegten Vertragsentwurf der Sowjetunion zu bewerten haben. Um so mehr gilt: Wir können auf Grund bloßer mündlicher Erläuterungen, deren letzter Sinn nicht präzise feststeht, keine rüstungspolitischen Grundsatzentscheidungen treffen. Wir können nicht auf Grund von Agenturmeldungen im Zen-



tralbereich unserer Sicherheit Weichen stellen.

Wesentliche Kriterien unserer Entscheidungsfindung sind: Ich habe in meiner Regierungserklärung im März unterstrichen, daß ein baldiger Abschluß eines INF-Abkommens ein sichtbares Zeichen wäre für Ernst und Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollverhandlungen und daß ein wichtiger Impuls von solchen Verhandlungsergebnissen auch auf alle anderen politischen Bereiche ausgehen würde. Wir müssen in Rechnung stellen, daß auch nach Beseitigung der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite in den Bereichen von Nuklearwaffen kürzerer Reichweite sowie der chemischen und der konventionellen Waffen gefährliche Waffenpotentiale verbleiben. Sie bedrohen unser Land, unser Volk und die bei uns stationierten verbündeten Streitkräfte in besonderem Maße.

Unser Bündnis lebt davon und war in Jahrzehnten dadurch erfolgreich, daß Risiken und Lasten bisher immer gemeinsam getragen wurden. Wir sind zutiefst überzeugt, daß es auf der jetzigen entscheidenden Wegstrecke der Rüstungskontrollpolitik darauf ankommt, **daß wir fähig sind, in Europa unsere Interessen zu bündeln und mit einer Stimme zu sprechen.**

Wir schätzen gerade in diesen Tagen besonders das großartige Ergebnis der Politik aller Bundesregierungen in diesen Jahrzehnten, die zu unserer engen Freundschaft und Partnerschaft mit Frankreich beigetragen hat. Wir schätzen unser besonders enges Verhältnis zu unseren britischen Freunden und zu unseren Verbündeten und Partnern in der NATO und in der Westeuropäischen Union. Und wir handeln im Bewußtsein der existentiellen Bedeutung unserer Partnerschaft zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir handeln in der Verantwortung, die uns unsere Geschichte,

unser Gewicht im Bündnis und unsere Lage in der Mitte Europas als geteiltes Land an der Trennlinie der beiden politisch-ideologischen Systeme und militärischen Bündnisse aufgeben.

Gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes haben wir das Schicksal aller Deutschen im Auge, und wir sind uns deshalb der besonderen Bedeutung bewußt, die unserem Votum, dem Votum der Bundesrepublik Deutschland, und unserer Haltung zu den in Genf anstehenden Fragen in unserem Bündnis und darüber hinaus zukommt. Deshalb wird die Bundesregierung ihren Entscheidungsprozeß in einer dichten Abfolge von Konsultationen und in wichtigen begleitenden Treffen auf hoher und höchster Ebene voranbringen.

Ich darf an meine kürzliche Begegnung mit Frau Thatcher vor ihrer Moskauer Reise erinnern, an mein Treffen mit Staatspräsident Mitterrand Ende März, an mein Treffen mit ihm in Berlin, an die Konsultationen mit dem französischen Premierminister Jacques Chirac, mit dem belgischen Ministerpräsidenten Wilfried Martens und mit dem italienischen Ministerpräsidenten Fanfani.

Am Montag wird Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher nach Washington reisen, um mit der amerikanischen Regierung zu konsultieren.

Weitere Konsultationen, vor allem in den zuständigen Bündnisgremien, stehen an. Sie werden uns die Möglichkeit geben, die notwendigen Entscheidungen unseres Bündnisses mitzugestalten, sie zeitgerecht, das heißt in einer nahen Zukunft, zu treffen und damit unserer Verantwortung gerecht zu werden.

In Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle müssen wir schrittweise vorgehen und darauf achten, daß die Dynamik des Prozesses erhalten bleibt, daß der Prozeß fortgeführt werden kann. **Es geht**



darum, alle schwerwiegenden Ungleichgewichte der Rüstungen zu beseitigen, die Stabilität weltweit zu erhöhen und den Frieden für alle sicherer zu machen. Das entspricht unserer Verantwortung, und wir werden uns dieser Verantwortung stellen.

**Alfred Dregger,  
Vorsitzender der  
CDU/CSU-Bundestags-  
fraktion, am 7. Mai 1987  
vor dem Deutschen  
Bundestag (Redeauszug):**

„Wir wollen Abrüstung, wir wollen Abrüstung möglichst auf allen Feldern. Wir wollen Abrüstung, die die Sicherheit aller erhöht, auch unsere Sicherheit. Aus diesem Grunde unterstützen wir die Abrüstungspolitik der Bundesregierung, wie sie in den beiden Regierungserklärungen des Bundeskanzlers vom 18. März und vom heutigen Tage dargelegt worden ist. Das Ergebnis unserer Festigkeit, die wir gegen die SPD durchgehalten haben, ist ermutigend. Zum erstenmal in der Nachkriegsgeschichte ist es zu ernsthaften Abrüstungsverhandlungen zwischen den Weltmächten gekommen. Wir, die CDU/CSU-Fraktion, begrüßen das und feiern das als einen großen Erfolg, an dem wir einen wesentlichen Anteil haben. ...

Die Notwendigkeit, Vertrauensvorschüsse in Grenzen zu halten, gilt natürlich auch und weit mehr noch für unser Verhältnis zur Sowjetunion.

Wir beurteilen die dort in Gang gekommene Entwicklung mit Interesse und mit Hoffnung, aber auch nicht ohne Skepsis. Wie die Sowjetunion sich entwickelt, ist noch völlig ungewiß. Bisher hat sie an den Spannungsursachen, für die sie verantwortlich ist, noch nichts geändert. Das gilt für die offensive Ideologie des Sowjetsystems, für seine innere Struktur,

für seine Mißachtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker Ostmitteleuropas, für die Unterdrückung Afghanistans und für die Aufrechterhaltung der deutschen und der europäischen Teilung. Warten wir also ab, beobachten wir die Entwicklung aufgeschlossen und fördern wir sie, soweit wir es können, aber seien wir weder naiv noch beflissen! ...

Uns geht es um Kriegsverhinderung. Deswegen müssen wir auch im deutschen Interesse darauf bestehen, daß die Abschreckungsphilosophie der NATO, die den Krieg verhindern will, ungeschmälert erhalten bleibt; dafür müssen wir eintreten.

Diese Erwägungen zeigen doch, daß wir jetzt nachdenken und argumentieren müssen und nicht zu allem gleich Null oder Amen sagen können.

Es geht doch um eine Existenzfrage, und ich bin dem Bundeskanzler dankbar, daß er es ablehnt, sich in einer Existenzfrage unter Zeitdruck stellen zu lassen. ...

Da es um eine Existenzfrage geht, können wir als verantwortliche Regierung uns auch nicht nur nach Augenblicksstimmungen richten. Wir müssen uns nach dem richten, was uns nach sorgfältiger Analyse und gewissenhafter Prüfung als richtig erscheint.

**Vor allem:** Wir erstreben eine gemeinsame europäische Position zu den Abrüstungsgesprächen der Weltmächte. Ich halte es für gefährlich und unwürdig, daß außereuropäische Mächte über Europa, aber nicht mit Europa verhandeln. Das habe ich bereits unmittelbar nach Reykjavik hier in diesem Hause gesagt.“

### Zitat

„Für Vandalismus und Chaotentum gibt es keine soziale Entschuldigung“.  
(Sozialsenator Ulf Fink, Berlin, zu den Kreuzberger Krawallen)



## Volker Rühle, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestags- fraktion, am 7. Mai 1987 vor dem Deutschen Bundestag (Redeauszug):

„Die Politik und die Strategie der Sowjetunion machen klar, daß die Sowjets ihre eigentliche, ihre wahre Stärke in Europa erkannt haben, nämlich ihre konventionelle Überlegenheit verbunden mit der Geographie in Europa. Sie können und sie werden viele weitere Null-Lösungen in diesem Bereich präsentieren. Deswegen sollten wir es, wie ich finde, Herrn Gorbatschow nicht gestatten, immer nur Vorschläge im Nuklearwaffenbereich zu machen, bei den nicht minder gefährlichen konventionellen Waffen jedoch keine Beweglichkeit zeigen. ...

Deswegen muß es, genau wie wir das

auch bei Gefechtsfeldwaffen gemacht haben, einseitige sowjetische Schritte geben, so wie Gorbatschow das auch angekündigt hat, damit die entsprechenden Überrüstungen dort im konventionellen Bereich abgebaut werden. ...

Das ist doch gerade der Ansatzpunkt, den wir gewählt haben, ... daß wir nukleare Abrüstungsverhandlungen endlich mit einem Einstieg in die konventionelle Abrüstung verbinden. Dazu brauchen wir aber auch einen Hebel und dieser Hebel muß im Bereich der Mittelstreckensysteme kürzerer Reichweite eingesetzt werden, damit in Europa auch konventionell und chemisch abgerüstet wird. ...

Die Menschen in der Bundesrepublik können sich darauf verlassen: Wir bleiben voll in der Kontinuität unserer Politik. Wir haben die Null-Lösung bei den Systemen über 1 000 Kilometer versprochen. Wir werden dies zusammen mit unseren Verbündeten — das wissen auch die Amerikaner — in diesem Jahr zum Erfolg bringen.“

## Überraschender Sinneswandel

Als der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rudolf Seiters, im Februar dieses Jahres aus begründetem Anlaß einigen grünen Abgeordneten vorwarf, sie gehörten nicht in dieses Parlament, erhob sich auf seiten der SPD ein Sturm der Entrüstung. Von einer Ausgrenzung der grünen Abgeordneten war die Rede. Dabei reagierte Rudolf Seiters mit seiner Bemerkung allein darauf, daß einige grüne Abgeordnete während seiner Rede in Zwischenrufen aufriefen, demokratisch zustande gekommene Gesetze nicht zu respektieren.

Wo bleibt aber nun der Sturm der Entrüstung nach der erstaunlichen Abkanzlung durch die SPD-Schatteneminenz Oskar Lafontaine? Wörtlich sagte er im Deutschlandfunk: „**Ich bin der Überzeugung, daß Leute, die das Parlament als Bühne betrachten, um Sprüche abzulassen, um Geld zu kassieren und die sanitären Einrichtungen zu benutzen, die aber nicht im geringsten daran denken, Verantwortung zu übernehmen, daß solche Leute im Parlament nichts zu suchen haben.**“

Dazu schrieb die Presse:

*Was dem erstaunten Publikum hier vorgeführt wird, ist ein neuerliches Beispiel für das flinke Umdenken und Umsteuern eines begnadeten Polit-Opportunisten, der sich alle Chancen für den weiteren Aufstieg offenhalten will. (Die Welt)*



# Jahreszeitliche Auftriebskräfte am Arbeitsmarkt

Die erfreuliche Entwicklung der Arbeitsmarktzahlen im April hat das Ergebnis vom März dieses Jahres zum größten Teil wettgemacht. Wie der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, feststellte, ist insbesondere die Zahl der Einstellungen in den Außengewerben stärker gestiegen als gewöhnlich im April. Die Betriebe holen offenbar jetzt nach, was sie im Vormonat aufgrund der extremen Witterungsbedingungen aufgeschoben hatten.

Infolgedessen ist auch die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr weiter gesunken. Sie beträgt Ende April 8,8 Prozent. Besonders hervorzuheben ist, daß die Frauen von dieser Entwicklung weiterhin überdurchschnittlich profitieren. Die Nürnberger Bundesanstalt verzeichnet einen Rückgang bei der Frauenarbeitslosigkeit um 26 500, wodurch erstmals wieder die Millionengrenze unterschritten wird.

Auch für die Jugendlichen unter 20 Jahren hat sich die Situation weiter deutlich verbessert: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist im April gegenüber dem Vorjahr um 10 Prozent zurückgegangen. Vor allem die rückläufige Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im September zeigt, daß sich die Chancen der Berufsanfänger nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung fühlbar verbessert haben.

Die Bundesregierung setzt ihre aktive Arbeitsmarktpolitik fort. Sie hat den Einsatz des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums erneut verstärkt: Von Januar bis April haben über 180 000 Personen eine berufliche Fortbildung, Umschulung

oder betriebliche Einarbeitung begonnen. Das sind 13 Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die Zahl der Arbeitnehmer, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt sind, ist im April deutlich — nämlich nun 13 Prozent gegenüber 1986 — gestiegen.

Eine Reihe positiver Signale aus der Wirtschaft stärken die Zuversicht, daß der Konjunkturzug wieder an Fahrt gewinnen wird.

## Arbeitgeber sprechen von teurem Kompromiß

Die Einigung in der Tarifrunde für Metaller und Drucker haben die Arbeitgeber als einen teuren Kompromiß bezeichnet, aber Erleichterung darüber geäußert, daß Streiks vermieden wurden. Der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, **Werner Stumpfe**, sagte in Köln: „Die Kostenlast von Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung wiegt schwer. Sie verlangt von Unternehmen und Mitarbeitern alle Anstrengungen, um trotz dieser Kostenlast die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu behaupten.“

## Hinweis

Zur Frage der Raketenabrüstung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Broschüre mit dem Titel „Die Union in der Debatte des Deutschen Bundestages am 7. Mai 1987“ herausgebracht mit einem mehrseitigen Vorwort von Volker Rühle. Zu bestellen ist diese Broschüre bei der **CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dokumentation, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.**



# Das Wachstum geht weiter

**Die Regierung erkennt die außenwirtschaftlichen Probleme, doch die Zeichen stehen weiter für positive Wirtschaftsentwicklung. Die SPD gefällt sich dagegen weiter in düsteren Abschwingprognosen.**

Dabei haben selbst die kritischen Autoren des vor einigen Wochen vorgelegten Frühjahrgutachtens ein weiteres Wirtschaftswachstum vorhergesagt. Neueste Umfragen in der Industrie gehen von einer deutlichen Erholung der Binnenkonjunktur aus. Nach einer „Atempause“ für die konjunkturelle Entwicklung sprechen alle Daten dafür, daß sich die Aufwärtsentwicklung fortsetzen wird. Der Präsident des Deutschen Groß- und Außenhandels, Klaus Richter, stellte am 4. Mai 1987 fest: „Der private Verbrauch wird immer deutlicher zum Konjunkturmotor.“ Und der Sprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, betonte am 7. Mai 1987: „Die Konjunktur kippt nicht.“

**Die Wachstumsimpulse gehen in diesem Jahr wie auch 1986 in erster Linie von der Inlandsnachfrage aus.** Bei den Unternehmensinvestitionen wird ein Anstieg von 4 von 5 Prozent erwartet, der private Verbrauch wird sich 1987 durch weiterhin steigende Einkommen bedingt um 3 bis 4 Prozent erhöhen.

**Die Preisstabilität bleibt weiterhin erhalten.** Der Anstieg der Verbraucherpreise wird zwischen 0 und 1 Prozent liegen.

Die Risiken für die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung liegen vor allem im außenwirtschaftlichen Bereich: die Veränderung des Dollar-/DM-Verhältnisses, das amerikanische Budget- und Handelsbilanzdefizit und die wachsende Schuldenlast der Entwicklungsländer. Die deutsche Wirtschaft steht einem

schwierigen Anpassungsprozeß auf dem Weltmarkt gegenüber, weil sie außerordentlich stark in die internationale Arbeitsteilung eingebunden ist.

Aber auch auf dem Feld der Außenwirtschaft mehrten sich die positiven Meldungen. Im ersten Quartal 1987 **ist der deutsche Export um 1 Prozent gestiegen.** Die Wirtschaftsforschungsinstitute nehmen an, **daß diese positiven Impulse sich weiterhin verstärken und sich im Laufe dieses Jahres verstetigen.**

**Damit stehen die Chancen für eine Fortsetzung des nunmehr im fünften Jahr andauernden, soliden Aufschwungs gut.** Dies wird sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungslage auswirken.

Obwohl die SPD dies bestreitet, **sind seit 1983 630 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden,** 1987 werden noch einmal 100 000 bis 200 000 Beschäftigte zusätzlich einen neuen Arbeitsplatz erhalten. Die deutliche Beschäftigungszunahme der letzten Jahre hat sich — bisher allerdings nur teilweise — im Rückgang der Arbeitslosigkeit niedergeschlagen. Die Ursache hierfür liegt in den demographisch bedingten Entwicklungen einer größeren Nachfrage nach Arbeitsplätzen und der höheren Erwerbsbeteiligung vor allem der Frauen. Denn von 1982 bis 1986 sind rund 500 000 Erwerbspersonen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt gekommen. Von der Zunahme der Beschäftigung haben vor allem Frauen profitiert. Nach den neuesten Zahlen von der Bundesanstalt für Arbeit für April 1987 hat sich die Zahl der Beschäftigten im Vergleich zum Vorjahr um 230 000 erhöht. Dennoch ist die Situation am Arbeitsmarkt keinesfalls befriedigend. Um diese Probleme besser in den Griff zu bekom-



men, hat die CDU-geführte Bundesregierung ein überzeugendes arbeitsmarktpolitisches Programm. Neben der verbesserten Qualifizierung von Arbeitslosen und der Verstärkung der Wiederbeschäftigungschancen für Ältere sollen insbesondere die Bemühungen um verstärkte Schaffung von qualifizierten Teilzeitarbeitsplätzen intensiviert werden.

Außerdem ist es wichtig, die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Betriebe zu verbessern, da hier in erster Linie neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In diesem Sinne wird die von den Koalitionsparteien beschlossene Steuerreform die Belastung der mittelständischen Betriebe verringern. Dadurch werden zusätzlich die dynamischen Antriebskräfte des wirtschaftlichen Wachstums verstärkt, und die Bundesrepublik Deutschland gewinnt als Land für Kapitalanlagen und wirtschaftliche Investitionen im internationalen Vergleich wieder zusätzlich an Attraktivität.

Die SPD dagegen hat den Bemühungen der Bundesregierung zum Abbau der Arbeitslosigkeit nichts anderes entgegenzusetzen, als zum wiederholten Mal ihr Programm „Arbeit und Umwelt“ anzupreisen. Obwohl zwischen 1974 und 1982 über 50 Milliarden Mark für insgesamt 17 Beschäftigungsprogramme ausgegeben wurden, hat sich die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum von 584 000 auf 2,04 Millionen erhöht. Nun soll mit einem weiteren, grün verpackten Beschäftigungsprogramm, das durch Steuererhöhungen und Kreditaufnahme finanziert werden soll, der Umschwung auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden.

Die Folgen eines solchen staatlich verordneten Programms sind abschätzbar: Mehr Steuerbelastungen und Dämpfung der Nachfrage, Schuldenerhöhung und Wiederanstieg der Zinsen und teureres Investitionskapital vor allem für kleine

und mittlere Betriebe. Dadurch werden keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern vernichtet. Die Bundesregierung kann demgegenüber mit der Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft das erfolgreichste „Beschäftigungsprogramm“ der letzten 20 Jahre vorweisen. Sie hat damit bewiesen, daß der Schlüssel für eine erfolgreiche Volkswirtschaft in erster Linie in ordnungspolitischen Rahmenbedingungen und in der Motivation der Bürger liegt.

Auch für die Zukunft lauten die Grundzüge der Politik der Bundesregierung: Mehr Freiheit statt Reglementierung — mehr Selbstverantwortung statt bürokratischer Kontrollmechanismen — mehr Aussicht auf Lohn und Gewinn statt Überbelastung mit Steuern und Abgaben — mehr Markt statt mehr Plan — mehr Privat statt mehr Staat.

## Ausschreitungen nicht durch Armut verursacht

Die Ursachen für den Gewaltausbruch in Kreuzberg dürfen nach Ansicht des Berliner Senators für Gesundheit und Soziales, Ulf Fink, nicht in sozialer Not und Armut gesucht werden. Vor der Synode der Berliner evangelischen Kirche sagte der CDU-Politiker, die Zahl der Sozialhilfeempfänger sei in dem Stadtteil nicht höher als etwa im Ruhrgebiet. Auch lebten in Kreuzberg nicht mehr Türken als in anderen Ballungsgebieten der Bundesrepublik.

## Vorsitzender Sauter

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 6. Mai 1987 den Bundestagsabgeordneten Franz Sauter zum Vorsitzenden des neu konstituierten Unterausschusses „Welternährung — Weltlandwirtschaft — Weltforstwirtschaft“ gewählt.



# Schleswig-Holsteins CDU will die absolute Mehrheit halten

**Aufbruchstimmung und Geschlossenheit** kennzeichneten die Stimmung auf dem Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein in Husum. Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Verabschiedung des Landtagswahlprogrammes sowie die Aufstellung der Landesliste zur Landtagswahl am 13. September.

In ihren Reden warnten der CDU-Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, Ministerpräsident Uwe Barschel und der Fraktionsvorsitzende Klaus Kribben vor den Gefahren einer rot-grünen Koalition in Schleswig-Holstein. Die Wähler müßten entscheiden, ob die CDU das erfolgreiche, aufstrebende Schleswig-Holstein in eine sichere und gute Zukunft führe, oder ob das Land den unkalkulierbaren Risiken rot-grüner Politik ausgesetzt werde. Ziel der CDU Schleswig-Holstein sei erneut die absolute Mehrheit.

Wichtigster Punkt des Landtagswahlprogrammes ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Obwohl Schleswig-Holstein die niedrigste Arbeitslosenquote unter den Küstenländern hält, ist die Schaffung neuer und die Sicherung bestehender Arbeitsplätze das Hauptziel schleswig-holsteinischer CDU-Politik. Weitere Programmschwerpunkte sind der Umweltschutz, wirtschaftlicher und technologischer Fortschritt, der Erhalt der bäuerlichen Familienbetriebe sowie die freie Entfaltung jedes einzelnen Menschen.

Ministerpräsident Uwe Barschel wird die CDU Schleswig-Holstein erneut als Spitzenkandidat in den Landtagswahlkampfen führen. Mit überwältigender Mehrheit wählten ihn die rund 400 Delegierten auf

Platz 1 der Landesliste. Ihm folgten auf Platz 2 Landtagspräsident Rudolf Titzck und auf Platz 3 Fraktionsvorsitzender Klaus Kribben. Die Plätze 4, 5 und 6 gingen an die stellvertretenden CDU-Landesvorsitzenden, Landwirtschaftsminister Günter Flessner, CDA-Chef Eberhard Dall'Asta und die Vorsitzende der Frauenvereinigung, Gudrun Hunecke. Auf Platz 7 wählten die Delegierten den Landesvorsitzenden der Jungen Union, Thomas Stritzl, gefolgt von der Landtagsabgeordneten Anke Gravert, Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt und Innenminister Karl Eduard Claussen.

Symbolträchtig war das Geschenk an Ministerpräsident Uwe Barschel für seine Nominierung als Spitzenkandidat. CDU-Freunde überreichten ihm einen Korb mit roten und grünen Äpfeln mit dem Hinweis, er solle die „Roten und die Grünen wegputzen“. „Tun Sie dieses für uns alle und für unser schönes Schleswig-Holstein, damit es weiter auf klarem Kurs vorankommt“, forderten die Delegierten ihren Spitzenkandidaten mit anhaltendem Beifall auf.



## Skeptische SPD-Anhänger

72% der SPD-Anhänger sind der Meinung, die Streitigkeiten innerhalb der SPD werden diese Partei bei den kommenden Landtagswahlen viele Stimmen kosten. Das ergab eine Umfrage des Sample-Instituts im Auftrag der Illustrierten „Bunte“. Wenn die SPD so weitermacht, verliert sie ihre Rolle als große Volkspartei, meinten 51% der SPD-Anhänger, 42% der SPD-Anhänger befanden, „die Ziele der SPD sind mir unklar“.



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## NRW CDU:

# Neuer Anfang mit Norbert Blüm

**Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat sich nach einem Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl bereiterklärt, für den Vorsitz der nordrhein-westfälischen CDU auf dem geplanten außerordentlichen Parteitag am 22. Mai in Essen zu kandidieren.**

Dazu erklärte Generalsekretär Heiner Geißler in einem Spiegel-Interview: Norbert Blüm ist eine überzeugende Lösung in Nordrhein-Westfalen. Mit ihm verbinden sich Hoffnungen der CDU in Nordrhein-Westfalen für einen Neuanfang. Er hat als Mensch wie Politiker die nötige Autorität, um die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Man muß großen Respekt vor Kurt Biedenkopf haben, der in dieser kritischen Phase den Weg für eine konstruktive Lösung frei gemacht hat und sich in die Pflicht nehmen ließ.

**Dazu die Presse:** „... Blüm (als Kandidat für den CDU-Landesevorsitz in NRW) — eine gute Wahl, ohne Zweifel; ein Mann, der die Sprache des Volkes spricht, der es versteht, Menschen für sich einzunehmen und doch über einen eisenharten politischen Willen verfügt. Seine Partei weiß das, und sie nimmt ihn in die Pflicht.“ (Norddeutscher Rundfunk)

„Die SPD muß auf der Hut sein; denn ihre absolute Mehrheit im nordrhein-westfälischen Landtag ist kein Garantieschein, der über den nächsten Wahltag hinausreicht. Rau bekommt sicher einen Konkurrenten für 1990, sofern sich Blüm entschließen sollte, Spitzenkandidat für seine Partei hierzulande zu werden ...“ (Deutsches Fernsehen)

Für Rau und die Sozialdemokraten indes hört jetzt die bequeme Zeit auf, in der die SPD überwiegend von den Fehlern oder vom Unvermögen des politischen Gegners profitieren konnte. Blüm allein bedeutet noch keine Gefahr für die SPD; aber wenn die CDU richtig Tritt faßt, dann kann sich die SPD nicht länger auf ihren Lorbeeren ausruhen. (Westdeutscher Rundfunk)

# UID

17/87

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44 - 3 04. Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.